

# Für die nächsten Wahlen bleibt alles beim Alten

**Regierungs- und Verwaltungsreform** Die Betroffenen reagieren gelassen auf die Rückweisung des Stadtrates

VON TOBIAS GRANWEHR

«Ich bin nicht enttäuscht, sondern froh um die Rückmeldungen.» Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP) nahm die Rückweisung der Regierungs- und Verwaltungsreform durch den Stadtrat (siehe gestrige Ausgabe) professionell hin. Es seien wichtige Punkte diskutiert worden. Es sei ein Wunsch des Parlaments, dass es in den Prozess einbezogen werde. Der Gemeinderat kann sich nun einen Prozess wie bei der geplanten Sanierung Stadttheater vorstellen. Es könnte eine Begleitgruppe mit Mitgliedern der verschiedenen Fraktionen gebildet werden. Diese Gruppe könne die Regierungs- und Verwaltungsreform vordiskutieren und einen Vorschlag zuhänden des Stadtrates ausarbeiten, erklärte Rufener. «Allerdings habe ich bereits am Montag gesagt: Die ganze Reform ist ein komplexer Prozess. Alle Themen in ein grosses Geschäft zu verpacken und an einem Abend zu diskutieren, betrachte ich skeptisch.»

Der Stadtpräsident zeigte hingegen Verständnis dafür, dass der Stadtrat nicht einzelne Punkte der Regierungs- und Verwaltungsreform vorentscheiden wollte. «Wir haben wertvolle Vorarbeit geleistet. Vieles wurde positiv gewürdigt.» Zudem habe der Gemeinderat mit dieser Vorlage auf zwei Motionen von Daniel Steiner (EVP) und Pierre Masson (SP) reagiert. Er sei der Auffassung, dass eine Umsetzung bis zu den nächsten Wahlen nicht mehr möglich sei. Allerdings bestehe auch keine Dringlichkeit. «Im Gegenteil: Es ist besser, wenn wir möglichst viele verschiedene Meinungen aufnehmen können», so Rufener.

## «Ein wahltaktischer Entscheid»

In erster Linie betroffen von der Rückweisung der Regierungs- und Verwaltungsreform sind die Gemein-



Paula Schaub: «Ging von achtjähriger Amtszeit aus.»



Laura Baumgartner: «Reform muss wachsen.» ARCHIV

## ■ URS ZURLINDEN: «UNSCHÖN, ABER NICHT VERMEIDBAR»

In der Stadtratsdiskussion zur Regierungs- und Verwaltungsreform zeigte sich **Stadtrat Urs Zurlinden (FDP)** in der Frage der Unvereinbarkeit als Verfechter einer klaren Haltung. Verwaltungspersonal – diesem gleich stellt er das Lehrpersonal – dürfe nicht in eine Exekutive gewählt werden.

«Stadtrat, das geht. Aber nicht eine Wahl in eine operativ tätige Behörde. Das verwischt die klare Abgrenzung von Kompetenzen», sagt Zurlinden. Offensichtlich ist, dass der erste Betroffene einer solchen Regelung sein Parteifreund, **Gemeinderat Rolf Baer**, wäre. «Das ist tatsächlich nicht

schön, aber nicht zu vermeiden. Ich bin der Überzeugung, dass meine Variante die bessere und sauberere ist als jene des Gemeinderates – und ich bin nicht der Einzige.» Das Geschäft wurde im Stadtrat ohnehin zurückerwiesen, insofern hat Zurlindens Ansicht **keine direkte Auswirkung** auf Baers

Wählbarkeit. Es bleibt bei der bisherigen Regelung auch für die **nächste Legislatur**. «Es war aber nicht die Absicht der Rückweisung, Baer aus der Schusslinie zu nehmen. Wir sind wirklich überzeugt davon, dass man den gestrigen ersten Teil der Reform und den angesagten zweiten Teil nicht trennen darf.» (UBY)

derätinnen Paula Schaub (EVP) und Laura Baumgartner (SP). Der Entscheid vom Montag bedeutet aller Voraussicht nach, dass beide im kommenden Jahr nicht mehr zu den Gemeinderatswahlen antreten können. Die Amtszeitbeschränkung wird vor-

läufig nicht geändert. Schaub sagte gestern, sie sei nicht enttäuscht. Sie habe im Voraus verschiedene Szenarien durchgespielt. «Man kann es auch als Kompliment sehen: Offenbar will man nicht, dass Laura Baumgartner und ich wieder antreten»,

sagte die 50-Jährige schmunzelnd. Schaub betonte einen aus ihrer Sicht wichtigen Punkt: «Als ich das Amt antrat, ging ich von einer achtjährigen Amtszeit aus.» Etwas erstaunt habe sie gestern zur Kenntnis genommen, dass Anträge zum Wahlverfahren

und zur Grösse des Gemeinderates gestellt wurden. Wegen der Rückweisung spielten die Anträge letztlich allerdings keine Rolle. Trotzdem fragte Schaub: «Warum wurden nicht früher entsprechende Vorstösse eingereicht?» Die EVP befasse sich seit längerem mit einer Regierungsreform.

Als «nachvollziehbar» bezeichnete Schaub den Umstand, dass die Mehrheit des Parlaments die Regierungs- und Verwaltungsreform nicht in Etappen, sondern als Gesamtpaket beurteilen will. Allerdings habe sie auch das Gefühl, der Entscheid vom Montag sei nicht unbedingt ein Sachentscheid gewesen. «Es haben wahltaktische Überlegungen mitgespielt. Das ist kein Vorwurf an die Fraktionen. Mir ist völlig bewusst: Bei solchen Vorlagen ist das Teil des Spiels.»

Die Frage, ob Paula Schaub in einem Jahr überhaupt noch einmal zu den Wahlen angetreten wäre, ist für sie nicht mehr relevant: «Ich hätte mich erst entschieden, wenn wir die Gewissheit gehabt hätten, dass es möglich ist.»

## «Gut Ding will Weile haben»

Ähnlich tönte es bei Laura Baumgartner: «Wäre die Wiederwahl möglich geworden, hätte ich das mit der Partei besprochen.» Der Entscheid des Parlaments habe sie aber nicht getroffen, denn: «Meine Planung lief immer darauf hinaus, dass ich 2012 mit der Politik und ein Jahr später mit der Arbeit aufhöre», sagte die 61-Jährige gelassen. Baumgartner sitzt seit August 2003 im Gemeinderat – und ist somit das amtsälteste Mitglied. «Ich habe immer so an dieser Reform mitgearbeitet, als ob ich selbst nicht betroffen wäre», versicherte sie. Der Gemeinderat sei hinter der Vorlage gestanden, der Stadtrat habe diese hingegen nicht gutgeheissen. «Gut Ding will Weile haben. Diese Reform muss wachsen», so Baumgartners Fazit.

# Stromabgabepreis festgeschrieben

**Stadtrat** 1,4 Millionen Franken jährlich zahlt der Stromanbieter IBL der Stadt. Neu weiss der Bürger, wie viel er pro Kilowattstunde an die Stadt abgibt.

VON URS BYLAND

Mit gutem Beispiel voran ging an der Stadtratssitzung Thomas Rufener (SVP). Der Stadtpräsident sparte an Papier, indem er, anfangs noch etwas unsicher, mit der Zeit immer routinierter, seine Reden vom iPad ablas. Etwa in der Diskussion zur Teilrevision des Organisations- und Gebührenreglements der Industriebetriebe Langenthal (IBL). Der Betrieb gehört zu 100 Prozent der Stadt. Die Teilrevision habe nichts mit der Frage einer möglichen Änderung der Rechtsform der IBL mit Blick auf die Strommarktliberalisierung zu tun, so der Stapi. Es handle sich einzig um die Vorschriften, wie gerechnet werden muss. Die Revisionsstelle müsse seit 2007 jeweils immer dieselben Vorbehalte zur Rechnung anbringen. Mit der Teilrevision entspreche die Rechnungslegung wieder den Vorschriften, was die grosse Mehrheit des Stadtrates befürwortete.

Ein Detail betrifft aber auch die Stromkonsumenten. So wird neu festgeschrieben, dass die Abgabe pro Kilowattstunde an die Stadt 0,88 Rappen beträgt. Die IBL leisten eine jährliche Abgeltung an die Stadt für die «Inanspruchnahme des öffentlichen Grundes und anderer eingeräumter Vorteile» von 1,4 Millionen Franken. Mit der festgeschriebenen Abgabe pro Kilowatt-

## Rats-Stenogramm

Der Stadtrat hat:

- auf Vorschlag der SP anstelle des verstorbenen Fritz Fiechters (SP) Bernhard Marti (SP) in die Geschäftsprüfungskommission gewählt;
- das Postulat von Pascal Dietrich (JL) «Optimierung der Badi-Öffnungszeiten», das eine flexiblere Handhabung der Zeiten aufgrund des Wetters anstrebt, erheblich erklärt;
- das Postulat von Christoph Stäger (GLP), das die Errichtung eines Solarkatasters fordert, erheblich erklärt sowie gegen den Antrag von Helene Morgenthaler (SVP) nicht gleich abgeschrieben;
- die Beantwortung der Interpellation von Pascal Dietrich (JL) betreffend die Herabstufung der Interregio-Linie Bern–Olten in eine RegioExpress-Linie zur Kenntnis genommen;
- ebenso die Beantwortung der Interpellation von Pascal Dietrich (JL) betreffend die Risiken von Strassenbelagereparaturen für Velofahrer
- sowie die Antwort auf die einfache Anfrage von Pascal Dietrich (JL) betreffend die 1.-August-Feier von Langenthal. (UBY)

stunde kommt man aktuell auf etwa 900 000 Franken der Abgeltung.

## Schenkung Alte Mühle

Um die Hälfte dieses Betrages ging es im Geschäft «Schenkung an Alte Mühle». Anfang Jahr beschloss der Stadtrat zur Finanzierung von Brandschutzmassnahmen in der Alten Mühle eine Schenkung von 450 000 Franken. Stefan Ryser (SP) wehrte sich aber mit einer Motion

gegen das Vorhaben, den Kredit der Investitionsrechnung zu belasten. Er forderte, die Schenkung zulasten der laufenden Rechnung vollständig abzuschreiben und fand Unterstützung durch eine Mehrheit des Stadtrates. Der Gemeinderat blieb in seinem Bericht dabei, dass es sich um eine Investition handelt, bot aber die Hand, den Betrag über die Position «übrige Abschreibungen» vollständig im laufenden Jahr abzuschreiben. Der Stadtrat genehmigte dieses Vorgehen.

Um die Prüfung von Massnahmen für mehr Verkehrssicherheit zwischen dem Bahnhof und der

## Die Geschwindigkeitsüberschreitungen sind in der Hasenmattstrasse beträchtlich.

Hasenmattstrasse ging es im Postulat der weggezogenen Nadine Masshardt (SP). Der Gemeinderat empfiehlt dieses zur Abschreibung. Festgestellt wird im Bericht, dass sowohl die Güterstrasse wie auch die Kühlhausstrasse viele verschiedene Benutzer (Lkw, Pw, Schüler) frequentieren, enge Verhältnisse anzutreffen sind, die Fussgängerstreifen keine Querungshilfen haben und die Geschwindigkeitsüberschreitungen namentlich bei der Hasenmattstrasse beträchtlich sind. Bereits wurden Massnahmen eingeleitet. So gilt auf der Güterstrasse beidseitig ein Parkverbot. Einstimmig wurde das Postulat vom Stadtrat abgeschrieben.

## Momentaufnahme



Eine Seltenheit in der Adventszeit: Ein Feuerbusch in der Marktgasse. HM